



Ausgabe 11

22. Februar 2011

Inhalt >>>

Die Lebensader Donau

> **Kerstin Westphal, Ismail Ertug** 1

Weder korrekt noch zügig

> **Kerstin Westphal** 2

Wenn einer eine Reise tut...

> **Ismail Ertug** 2

Die Akte "Binnenmarkt"

> **Kerstin Westphal** 2

Demographischer Wandel - Chance für Regionen

> **Kerstin Westphal** 2

Demokratischen Übergangsprozess in Ägypten unterstützen

> **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3

Mediengesetz – Kommission kuschelt vor Ungarn

> **Wolfgang Kreissl-Dörfler** 3

> **Zur Info: Hohe Vertreterin der EU** 2

>>> Service

> **Besucherguppen** 4

> **Kontakt** 4

Die Lebensader Donau

von Kerstin Westphal und Ismail Ertug

14 Länder, nur sechs davon Mitglied der Europäischen Union, sitzen in Sachen Donau in einem gemeinsamen Boot. Weil sich die Bewirtschaftung auf alle Anrainerstaaten stromauf- oder abwärts auswirkt, stellte die Kommission im Dezember 2010 die Donaustrategie vor: ein gemeinsam erarbeitetes Dokument, in dem Wirtschafts- und Umweltinteressen, Sozial- und Sicherheitspolitik, Verkehrs- und Regionalpolitik grenzüberschreitend aufeinander abgestimmt wurden. Vergangene Woche bezog das Parlament in einer [Resolution](#) dazu Stellung.

Die Donaustrategie ist ein gutes Beispiel für die positiven Auswirkungen der Europäischen Union, für die aus den EU-Strukturfonds rund eine Milliarde Euro bis 2013 zur Verfügung stehen wird. Doch es geht nicht primär ums Geld: Länder wie Moldawien, die bis vor kurzem in Bürgerkriege verwickelt waren, werden durch die länderübergreifenden Konzepte zur Kooperation gebracht. Dies sorgt für wechselseitiges Vertrauen und Stabilität. Während in Osteuropa vor allem der Drang nach Arbeitsplätzen im Vordergrund steht und viele lieber heute als morgen die Bauindustrie beleben würden, schätzt Westeuropa Umwelt und Natur höher.

Wir bayerischen Sozialdemokraten haben uns für ein deutliches Bekenntnis zum Umweltschutz und für nachhaltiges Wachstum eingesetzt, sowohl in unseren Ausschusssitzungen, bei Gesprächen mit den Verfassern der Donaustrategie und [in Anfragen an die Kommission](#). Unser besonderes Anliegen ist es, das letzte frei fließende Stück Donau in Westeuropa zwischen Straubing und Vilshofen in Niederbayern möglichst natürlich zu belassen.

Die Entschließung des EU-Parlaments weist entsprechend mehrmals darauf hin, dass nicht nur ökonomisches Wachstum, sondern „intelligentes, nachhaltiges und integratives“ sowie „umweltfreundliches Wachstum“ bedeutsam sind. Artenvielfalt und die Qualität von Luft und Böden müssen erhalten bleiben.

Dies steht für uns im klaren Widerspruch zur Ausbauvariante C 2,80, die einen Durchstich durch die Mühlheimer Schleife vorsah. Die Donaustrategie erwähnt ebenfalls explizit die Verwendung von EU-Mitteln, die nur für Vorhaben ausgegeben werden sollen, die mit den Umweltvorschriften der EU vereinbar sind. Hierauf werden wir in den konkreten Vorhaben besonders achten, vor allem Ende März/Anfang April wenn das erste Zwischenergebnis zum Ausbau der Donau bei Straubing/Vilshofen vorliegt. Wir sind sehr skeptisch, dass die mit einer unabhängigen Prüfung beauftragte Rhein-Main-Donau AG, die zu 77,5 Prozent dem Energiekonzern E.ON gehört, sich tatsächlich vom Interesse an Stautufen und einem Kraftwerk befreien kann.

Außerdem betont das EU-Parlament, dass ein guter ökologischer Zustand der Donau unabdingbare Voraussetzung für sämtliche menschliche Tätigkeiten entlang des Flusses ist. Auch wird die Bedeutung des Hochwasserschutzes angesprochen. So heißt es in Punkt 24, dass Maßnahmen zu treffen seien, die Rückhalte- beziehungsweise Überschwemmungsräume erhalten sowie Hochwasser grundsätzlich abmildern, wovon Städte wie beispielsweise Passau ein Lied singen können.

Wir wollen die Donauregion entwickeln und für die Zukunft fit machen, aber das muss nachhaltig geschehen!

O-Ton

"Ohne Frauen, ohne ihre Visionen, Erfahrungen und Fähigkeiten kann eine Demokratie nicht funktionieren."

Martin Schulz, zur Demokratiebewegung in der arabischen Welt
10. Februar 2011

Weder korrekt noch zügig

Dem Funktionieren des Europäischen Binnenmarktes wird außerhalb Brüssels meist wenig Beachtung geschenkt – man verlässt sich darauf, dass es ihn gibt und er sich beständig fortentwickelt – Hindernisse werden nicht erwartet, denn sein Existieren scheint allseits begrüßt zu sein.

Erstaunt ist dann aber der Unternehmer wenn er auf diesem Markt seine Dienstleistungen grenzüberschreitend und frei im europäischen Ausland anbieten will. Auch wenn ihm per europäische Dienstleistungsrichtlinie hier Hilfe in Form eines einheitlichen Ansprechpartners zugesagt ist, so wird er diese in fünf von 27 Mitgliedstaaten bisher nicht finden.

© wikipedia.org



Nach zwei Jahren zäher Verhandlungen zwischen Vertretern des EU-Parlaments, der Mitgliedstaaten und der

Kommission wurde endlich die Verordnung für eine EU-weite Regelung für Passagierrechte angenommen.

Für uns Sozialdemokraten waren mehr Rechte für Passagiere mit eingeschränkter Mobilität unverhandelbar. Busunternehmer können in Zukunft alten Menschen oder Reisenden mit Behinderung nicht mehr ungestraft die Beförderung verweigern. Bei Verspätungen von über zwei Stunden werden 50 % des Fahrpreises erstattet. Sollte sich die Abfahrt um mehr als 90 Minuten verzögern und An-

Das Gegenteil von "korrekt und zügig" sei es, wie die Mitgliedstaaten die [Dienstleistungsrichtlinie](#) bisher in ihr nationales Recht umgesetzt hätten. Zu diesem Urteil kam das Europäische Parlament in seinem am vergangenen Dienstag in Straßburg mehrheitlich angenommen Bericht zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Darin evaluiert das Parlament die ab dem Jahr 2009 gemachten Fortschritte der Mitgliedstaaten als unbefriedigend: die meisten der Mitgliedstaaten sind im Verzug. Auch wenn die Freiheit der Dienstleistungen rechtlich garantiert ist, stehen ihr nach wie vor handfeste Hindernisse entgegen – hier muss nachgebessert werden, wenn bessere Schulnoten folgen sollen. **KW**

Wenn einer eine Reise tut...

schlusszüge nicht mehr erreicht werden, haben Passagiere Anspruch auf eine Hotelübernachtung von bis zu 80 € Wir wollten die Buspassagierrechte europaweit und auf allen Strecken durchsetzen, der Rat hingegen wollte sie erst ab Strecken von 500 km gelten lassen - Ergebnis ist ein Kompromiss von 250 km. Dies atmet kleinstaatliches Denken und ist unübersichtlicher für Reisende. Zudem benachteiligt sie kleine Länder: Belgier und Niederländer beispielsweise kommen in ihren Ländern kaum auf 250 km und somit bis auf eine Minderheit von weit Reisenden auch nicht in den Genuss der Passagierrechte.

Die neuen Vorgaben gelten nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren frühestens ab 2013. **IE**

Die Akte "Binnenmarkt"



© Europäische Kommission

In Märchen sind es meist drei Wünsche oder sieben Begabungen – die Texte der Gebrüder Grimm beschränken sich jedenfalls meist auf ein-

stellige Zahlen. Entgegen dieser weisen Regel hat die Kommission nun 50 Ideen zur Fortentwicklung des Binnenmarktes präsentiert, die sie unter dem Namen ["Die Binnenmarktsakte"](#) zusammenfasst. Aber so verschwörerisch und verheißungsvoll der Titel klingt, so wenig vielversprechend ist der Inhalt der Akte. Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament halten diese zumeist nicht besonders aktuellen und wenig kreativen Maßnahmen weder für konzertiert noch visionär – wie so oft ist eine echte politische Idee auf Seiten der Kommission nicht zu erkennen.

Dabei ist der Binnenmarkt als Motor für die krisengeschüttelte europäische Wirtschaft wichtiger denn je und vermutlich unsere einzige Chance, um Wachstum und Wohlstand in Europa zu erreichen. Kritisch sehen wir aber vor allem, dass jegliche Form von sozialer Färbung in den Kommissionsvorschlägen fehlt.

Die [S&D Fraktion](#) vermisst insbesondere, dass in der Binnenmarktsakte kein sozialer Ansatz erwähnt wird. Wir wollen endlich eine Klarstellung sozialer Grundrechte, die im Konfliktfall Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten und Wettbewerbsregeln haben. Diese Sozialklausel ist unsere zentrale Forderung. **KW**

Zur Info >>>

Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik



© wikipedia.org

Der Europäische Rat hat im Anschluss an das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon [Catherine Ashton](#) am 1.12.2009 zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Sie führt den Vorsitz im Rat "Auswärtige Angelegenheiten" und leitet die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. In ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin der Europäischen Kommission gewährleistet sie die Kohärenz und Koordinierung des auswärtigen Handelns der Europäischen Union. Die Hohe Vertreterin wird von dem [Europäischen Auswärtigen Dienst \(EAD\)](#) unterstützt.

Demographischer Wandel als Chance

Der demographische Wandel in der EU ist eine Tatsache, und der Umgang damit ist eine der Kernaufgaben der Zukunft. Die Regionen in Europa sind aber ganz unterschiedlich davon betroffen – Ballungsgebiete haben andere Probleme als ländliche Regionen, das sehen wir auch in Bayern. Dieses Thema hat der Regionalausschuss am Montag aufgegriffen - ich bin Berichterstatterin für die Frage, wie die europäische Regionalpolitik auf die Herausforderungen reagieren kann.

In [meinem Arbeitspapier](#) betone ich unter anderem die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn Städte und Gemeinden es schaffen, ein verlässliches, kostenloses Ganztagsangebot für Kinder anzubieten, kurze Wege zwischen Arbeitsplatz, Wohnung und Erholungsmöglichkeiten zu schaffen und einen guten öffentlichen Nahverkehr zu garantieren, können sie Abwanderung bekämpfen. Für all diese Maßnahmen sollte es verstärkt europäische Fördermittel geben. Und auch die Bekämpfung von Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit ist ein Weg, um demographischen Entwicklungen Ein-

halt zu gebieten. Wir müssen den Menschen Perspektiven anbieten, damit nicht alle in die großen Städte ziehen! Um das Leben von älteren Menschen angenehmer zu machen, können beispielsweise EU-Gelder bereitgestellt werden, um seniorengerechtes Wohnen oder barrierefreie Zugänge zu fördern.

Entscheidend ist, dass die Regionen maßgeschneiderte Strategien brauchen, um den demographischen Wandel erfolgreich zu gestalten. Die EU muss sie dabei unterstützen. In der Förderperiode bis 2013 stehen 30 Mrd. Euro bereit, um Maßnahmen in diesem Bereich zu finanzieren - das klingt viel, doch es sind nur knapp 10 Prozent der gesamten europäischen Struktur Gelder. Auch die bayerische Regierung muss zusehen, dass sie in ihren künftigen Programmen zur Verwaltung der EU-Fördergelder diesem Thema mehr Beachtung schenkt als bisher.

Der Ausschuss wird im Mai über meinen Bericht abstimmen, das Plenum voraussichtlich im Juli. **KW**

Demokratischen Übergangsprozess in Ägypten unterstützen



© Europäisches Parlament

Im Anschluss an eine Aussprache mit dem EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik Stefan Füle hat das Europäische Parlament am 16.02.2011 in Straßburg mit einem [gemeinsamen Entschließungsantrag](#) über die Lage in Ägypten seine Solidarität mit der Demokratiebewegung bekundet und weitere Unterstützung angekündigt.

Wir sozialdemokratischen Europaabgeordneten sind erfreut über eine aktive europäische Hilfestellung, die den Wandel Ägyptens hin zu einem demokratischen Rechtsstaat unterstützen soll. Soziale und wirtschaftliche Reformen, die den Ägyptern die lang ersehnte Freiheit und Wohlstand bringen, sind unerlässlich für die Stabilität im Land und in der gesamten Region.

Deshalb fordern wir die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ausreichende Fonds für den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes bereitzustellen.

Insbesondere die Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden, damit den Menschen eine Zukunftsperspektive in ihrem Land geboten werden kann.

Jetzt ist eine offene Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Volk gefragt und keine paternalistische Attitüde seitens der EU. Wir SPD-Europaabgeordnete begrüßen die Zusagen des ägyptischen Militärrats, Verfassungsänderungen vorzunehmen sowie faire und freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bis Jahresende zu organisieren. Allerdings ist nun wichtig, die Interimsregierung genau zu beobachten.

Außerdem fordern wir die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, europäische Konten mit Vermögen von Verantwortlichen des Mubarak-Regimes einzufrieren. Dabei dürfen die Gelder Mubaraks und seiner Familie nicht vergessen werden. Schließlich darf sich die EU nicht als Bank für Despoten missbrauchen lassen!

WKD

Wir gratulieren den GenossInnen in Hamburg zu ihrem grandiosen Wahlerfolg!

Mediengesetz - Kommission kuscht vor Ungarn!



Viktor Orbán im Plenum, Jan 2011, ©EP

Während des vergangenen Straßburg-Plenums gab es eine Aussprache mit EU-Kommissarin Neelie Kroes, zuständig für die Digitale Agenda, zum umstrittenen Mediengesetz in Ungarn. Auf Druck von uns Sozialdemokraten hin

hatte die Europäische Kommission eine Überprüfung des Mediengesetzes vorgenommen und einige Punkte beanstandet.

Es ist also in erster Linie unser Verdienst, dass die rechtspopulistische Regierung des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán daraufhin einige Änderungen vorgenommen hat - diese sind allerdings bei weitem nicht ausreichend! Die grundlegenden Probleme des Gesetzes, das aus unserer Sicht in Teilen gegen die europäische Grundrechtecharta verstößt, sind

noch nicht ausgeräumt. Die Änderungen sehen zwar vor, dass ausländische Medien von dem Gesetz ausgenommen werden, jedoch bleiben Geldstrafen für ungarische Medien bestehen. Außerdem ist nicht geklärt, wie das Gesetz die von Rundfunk und Fernsehen geforderte "ausgewogene Berichterstattung" definiert.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt, nämlich die Besetzung des Medienrates ausschließlich mit Regierungsanhängern, bleibt weiterhin ungelöst. Deshalb ist es für uns SPD-Europaabgeordnete unverständlich, wie sich die EU-Kommission mit diesen geringfügigen, teilweise nur kosmetischen Korrekturen zufrieden geben kann.

Wir dürfen uns nicht durch die Polemik der Orbán-Regierung beirren lassen, die die berechtigte Kritik am Mediengesetz als "Beleidigung des ungarischen Volkes" versteht.

Die Europäische Union darf nicht tatenlos zusehen, wenn ein Mitgliedstaat versucht, gemeinsame Grundwerte auszuhöhlen – wie übrigens auch bei Berlusconi und

seinem Medienimperium. Unserer Ansicht nach muss die ungarische Regierung ihr Mediengesetz aussetzen, bis es vollständig in Einklang mit EU-Recht und europäischen Werten gebracht ist. Am besten wäre ein völlig neues Gesetz! Europäische Mindeststandards müssen von allen Regierungen eingehalten werden, um die Unabhängigkeit der Medien, Medienfreiheit und -pluralismus EU-weit zu garantieren.

Meinungs- und Informationsfreiheit sind feste Bestandteile unserer Demokratien, die gewahrt werden müssen - deshalb werden wir als sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament im Fall Ungarn weiterhin den Finger in die Wunden legen!

Denn wir dürfen nicht zulassen, dass es einem EU-Mitgliedstaat gelingt, bei Journalisten eine "Schere im Kopf" zu installieren! **WKD**



Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel...



©Europäisches Parlament

Politisch interessierte BürgerInnen aus ganz Franken folgten einer Einladung der Europaabgeordneten **Kerstin Westphal** nach Straßburg. Während des 3-tägigen Aufenthaltes erlebten die BesucherInnen unter anderem eine Stadtrundfahrt mit Besichtigung des Straßburger Münsters, sowie einen Besuch des Europarates.

Beeindruckender Höhepunkt des Programms war der Besuch im Europaparlament. Beim Gespräch mit **Kerstin Westphal** wurde deutlich, wie wichtig die EU für die Kommunen ist und welche Fördertöpfe es gibt. Die TeilnehmerInnen bemerkten zu Recht, dass diese Themen bei den Medien zu wenig Beachtung finden. Dies gilt auch für Erfolge im Bereich der Verbraucherrechte, wie die Gastrednerin **Evelyne Gebhardt** betonte. Als Fachfrau für Verbraucherschutz arbeitet sie seit Jahren in diesem Bereich. Beide Abgeordnete betonten, dass die EU nur mit dem gemeinsamen politischen Willen ein Erfolg werden kann, und dass man das Feld nicht den nationalistischen Kräften in Europa überlassen dürfe.

Beim anschließenden Besuch der Plenarsitzung konnten die TeilnehmerInnen den Redebeiträgen über aktuelle Themen zuhören. Bei einem gemeinsamen Abendessen hatten die TeilnehmerInnen schließlich nochmal die Gelegenheit, im informellen Rahmen und bei elsässischen Gerichten mit der Abgeordneten zu sprechen - wobei **Kerstin Westphal** die eine oder andere augenzwinkernde Anekdote aus dem Parlamentsalltag zum Besten gab.

Wir versuchen kontinuierlich unseren Service zu erweitern. Besucht uns daher auf unserer neuen Homepage: <http://bayernspd.de/partei/europa/>

<p>Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP*</p> <p>Europäisches Parlament T.: +32 (0)228 47 110 wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu Ansprechpartnerinnen: Nadja Pohlmann und Maria D'Amico</p>	<p>Kerstin Westphal, MdEP*</p> <p>Europäisches Parlament T.: +32 (0)228 47 534 kerstin.westphal@europarl.europa.eu Ansprechpartner: Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg</p>	<p>Ismail Ertug, MdEP*</p> <p>Europäisches Parlament T.: +32 (0)228 47 547 ismail.ertug@europarl.europa.eu AnsprechpartnerInnen: Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan</p>
<p>Europabüro: Oberanger 38/IV 80331 München T.: 089 21 02 43 61 F.: 089 21 02 43 61 europa@kreissl-doerfler.de</p>	<p>Europabüro: Kornmarkt 17 97421 Schweinfurt T.: 09721 715 716, F.: 09721 474 0884 eder@kerstin-westphal.de</p> <p>Semmelstr. 46R 97070 Würzburg T.: 0931 45 25 31 28 F.: 0931 45 25 31 29 augustin@kerstin-westphal.de</p>	<p>Europabüro: Richard-Wagner-Str. 4 93055 Regensburg T.: 0941 29 79 98 73 F.: 0941 29 79 98 75 thorsten.kaestl@ertug.eu</p> <p>Nördl. Stadtgraben 9 94469 Deggendorf T.: 0991 379 11 64 F.: 0991 379 11 63 katja.reitmaier@ertug.eu</p>
<p>www.kreissl-doerfler.de Ansprechpartnerin: Britta Besan Bürozeiten: Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr</p>	<p>www.kerstin-westphal.de Ansprechpartnerinnen: Marietta Eder Bürozeiten: Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Fr: 9.00-13.00 Uhr</p> <p>Elisabeth Augustin Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr</p>	<p>www.ertug.eu AnsprechpartnerInnen: Thorsten Kästl Bürozeiten: Mo-Fr: 9.00-17.00 Uhr</p> <p>Katja Reitmaier</p>

*Verantwortlich im Sinne des deutschen Presserechts